

# Position



## Kritisch konsumieren in der Jugendarbeit

Die Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings beschließt, in der alltäglichen Arbeit und bei Veranstaltungen des Deutschen Bundesjugendrings Konsum nachhaltig und kritisch zu gestalten.

Gleichzeitig ruft die Vollversammlung die Mitgliedsorganisationen des Deutschen Bundesjugendrings sowie deren Gliederungen dazu auf, ihre Macht und Verantwortung als Konsumentinnen und Konsumenten wahrzunehmen und sich ebenfalls an dieser Maxime zu orientieren.

Dies bedeutet:

- die eigenen Konsumententscheidungen laufend kritisch zu reflektieren,
- sich beim Kauf und Verkauf von Produkten an Prüfsiegeln, deren Kriterien der Nachhaltigkeit transparent sind, zu orientieren,
- auf die Produktionsbedingungen bezüglich der Einhaltung von Menschen- und Arbeitnehmer/innenrechten in Produktions- wie Konsumländern zu achten,
- vorzugsweise Produkte aus regionaler Produktion und nach saisonaler Verfügbarkeit sowie Importprodukte aus dem Fairen Handel zu konsumieren,
- sparsam und intelligent mit Papier, Druckerzeugnissen und Ressourcen wie z.B. Energie und Wasser umzugehen und
- priorisiert Umwelt schonende und öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen sowie Energie aus regenerativen Quellen zu beziehen.

Hierzu bedarf es einer umfassenden Information für die Entscheidungsträger/innen, der pädagogischen Begleitung und Auseinandersetzung mit den Kindern und Jugendlichen sowie einer gesicherten finanziellen Ausstattung der Jugendarbeit.

Darüber hinaus setzt sich der Deutsche Bundesjugendring in Politik und Öffentlichkeit ein für:

- die faire und ökologische Beschaffungspraxis auf allen politischen Ebenen,
- verbindliche soziale und ökologische Kriterien im deutschen Vergaberecht,
- die Schaffung von Rahmenbedingungen, die auf die Beseitigung von Missständen bei Unternehmen bezüglich ihrer Arbeits- und Produktionsbedingungen hinwirken und
- die Förderung des Ausbaus und des Erhalts des ÖPNV in den ländlichen Räumen.

*Von der 82. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings am 30./31. Oktober 2009 in Kiel einstimmig beschlossen.*